

Bundesgesetzblatt

1661

Teil II

1957	Ausgegeben zu Bonn am 5. November 1957	Nr. 35
------	--	--------

Tag	Inhalt:	Seite
29. 10. 57	Gesetz zu dem Niederlassungs- und Schiffsvertragsvertrag vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik	1661
24. 9. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation (Inkrafttreten für Schweden)	1675
24. 9. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Übereinkunft über Form-erfordernisse bei Patentanmeldungen (Inkrafttreten für Schweden und Luxemburg)	1675
3. 10. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei (Inkrafttreten für Ägypten)	1675
7. 10. 57	Bekanntmachung über die Wiederanwendung des deutsch-finnischen Übereinkommens über Unfallversicherung	1675
18. 10. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Zuckerabkommens (Außer-krafttreten für die Goldküste)	1676
20. 10. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Abkommens über den Zivilprozeß (Inkrafttreten für Israel)	1677
24. 10. 57	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Erleichte-rung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial (Inkrafttreten für Luxemburg)	1677
17. 10. 57	Berichtigung zu dem Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Euro-päischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (Bundesgesetz-blatt II S. 753)	1678
3. 10. 57	Beschluß der Bundesregierung über die Einrichtung eines Teiles III des Bundesgesetzblattes	1680

Gesetz zu dem Niederlassungs- und Schiffsvertragsvertrag vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik.

Vom 29. Oktober 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 27. Oktober 1956 unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffsvertragsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik nebst Protokoll und den beigefügten Briefen Nummer 1, 2 und 3 wird zugestimmt. Der Vertrag nebst Protokoll und Briefen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

(2) Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes (Bundesgesetzbl. 1956 I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel XX nebst Protokoll und den Briefen Nummer 1, 2 und 3 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 29. Oktober 1957.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik**

**Convention d'Établissement et de Navigation
entre
la République Fédérale d'Allemagne et la République Française**

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,

VON DEM WUNSCH GELEITET, die Stellung der Staatsangehörigen beider Staaten, die sich im Gebiet des anderen Staates befinden, ebenso wie die Angelegenheiten der Seeschifffahrt entsprechend den zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu regeln, haben beschlossen, einen Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck Bevollmächtigte ernannt, und zwar

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,

der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Christian Pineau,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten

welche nach Austausch ihrer als ordnungsmäßig befundenen Vollmachten die folgenden Vorschriften vereinbart haben:

Artikel I

(1) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei dürfen das Gebiet der anderen Vertragspartei nach Maßgabe der geltenden Gesetze und Verordnungen betreten, sich dort vorübergehend aufhalten, darin reisen und es jederzeit verlassen.

(2) Die Einreise in das Gebiet der einen Vertragspartei kann indessen den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei verweigert werden, wenn ihre Anwesenheit die öffentliche Ordnung, die Sicherheit, die Volksgesundheit oder die Sittlichkeit gefährden würde.

Artikel II

Jede Vertragspartei wird nach Maßgabe der Vorschriften des Artikels I in dem Umfang, in dem ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse es irgend gestatten, den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei die Möglichkeit eines längeren oder dauernden Aufenthalts in ihrem Gebiet eröffnen.

Artikel III

(1) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei haben, dürfen nur ausgewiesen werden, wenn sie die Sicherheit des Staates gefährden oder gegen die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstoßen.

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

DÉSIREUX de déterminer, dans un sens conforme aux relations amicales qui existent entre les deux pays, la situation des ressortissants des deux Etats sur le territoire de l'autre ainsi que les règles relatives à la navigation maritime, ont résolu de conclure une convention d'établissement et de navigation et ont désigné, à cet effet, pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne:

Monsieur Heinrich von Brentano,
Ministre des Affaires Étrangères

Le Président de la République Française:

Monsieur Christian Pineau,
Ministre des Affaires Étrangères

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article I

1. Les ressortissants de l'une des Parties Contractantes ont la faculté d'entrer sur le territoire de l'autre Partie, d'y séjourner à titre temporaire, d'y voyager et d'en sortir à tout moment, sous réserve des lois et règlements en vigueur.

2. Toutefois, l'entrée du territoire de l'une des Parties Contractantes pourra être refusée aux ressortissants de l'autre Partie dont la présence menacerait l'ordre public, la sécurité, la santé publique ou les bonnes mœurs.

Article II

Sous réserve des dispositions de l'article I, chacune des Parties Contractantes facilitera, dans toute la mesure permise par son état économique et social, aux ressortissants de l'autre Partie, leur résidence prolongée ou permanente sur son territoire.

Article III

1. Les ressortissants de l'une des Parties Contractantes résidant régulièrement sur le territoire de l'autre Partie ne peuvent être expulsés que s'ils menacent la sécurité de l'Etat ou ont contrevenu à l'ordre public ou aux bonnes mœurs.

(2) Wenn die Ausweisung nicht aus zwingenden Gründen der Sicherheit des Staates vorgenommen werden soll, dürfen die Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die seit mehr als einem Jahr ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei haben, nur ausgewiesen werden, wenn ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, Gegenvorstellungen zu erheben, ein Rechtsmittel einzulegen, oder sich zu diesem Zweck vor der zuständigen Behörde vertreten zu lassen.

(3) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt seit mehr als zehn Jahren im Gebiet der anderen Vertragspartei haben, dürfen nur ausgewiesen werden, wenn sie die Sicherheit des Staates gefährden, oder wenn die anderen in Abs. (1) aufgeführten Gründe besonders schwerwiegend sind.

Artikel IV

(1) Jede Vertragspartei gewährt den Staatsangehörigen und, soweit dies in Betracht kommt, den Gesellschaften der anderen Vertragspartei alle bürgerlichen Rechte sowohl personenrechtlicher als auch vermögensrechtlicher Natur; ausgenommen sind Rechte, die nach den in ihrem Gebiet gegenwärtig oder künftig geltenden Gesetzen und Verordnungen den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten oder einer Sonderregelung unterworfen sind, sowie die Rechte, deren Gewährung nach den in ihrem Gebiet gegenwärtig oder künftig geltenden Gesetzen und Verordnungen von der Gegenseitigkeit abhängig ist.

(2) Die Vertragsparteien können nach Inkrafttreten dieses Vertrages neue Beschränkungen hinsichtlich der in Abs. (1) erwähnten Rechte nur einführen, wenn hierfür Gründe der Sicherheit des Staates oder der Landesverteidigung vorliegen, oder wenn die Vertragsparteien sich hierzu aus zwingenden wirtschaftlichen oder sozialen Gründen oder zur Verhinderung des spekulativen Ankaufs lebenswichtiger Versorgungsquellen des Landes genötigt sehen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, spätestens zum Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationsurkunden zu diesem Vertrag ein Verzeichnis der Gesetze und Verordnungen vorzulegen, welche die in Abs. (1) erwähnten Beschränkungen enthalten und die ihren eigenen Staatsangehörigen den Erwerb, den Besitz, die Nutzung und die Verfügung über bestimmte Güter vorbehalten oder von einer besonderen Regelung oder der Gegenseitigkeit abhängig machen.

(4) Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, zugunsten der Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei ihr Verzeichnis der Beschränkungen zu verkleinern. Sie wird ferner bestrebt sein, den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei die Ausnahmen zugute kommen zu lassen, die in Gesetzen und Verordnungen zugunsten von Ausländern vorgesehen sind.

Artikel V

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Gebiet den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei gestatten, jede selbständige oder unselbständige berufliche Tätigkeit in gleicher Weise wie die eigenen Staatsangehörigen auszuüben, sofern nicht wichtige Gründe wirtschaftlicher oder sozialer Art der Erteilung einer Genehmigung entgegenstehen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes (1) finden keine Anwendung auf diejenigen Tätigkeiten, welche den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten sind, oder deren Ausübung durch Ausländer Gegenseitigkeit voraussetzt oder einer Sonderregelung unterliegt.

2. Ceux d'entre eux qui résident régulièrement depuis plus d'une année sur le territoire de l'une des Parties Contractantes ne peuvent faire l'objet d'une mesure d'expulsion qu'après avoir été admis, à moins de motifs impérieux touchant à la sécurité de l'Etat, à faire valoir les raisons qu'ils peuvent invoquer contre leur expulsion, à présenter un recours à cet effet ou à se faire représenter devant une autorité compétente.

3. Les ressortissants de l'une des Parties Contractantes résidant régulièrement depuis plus de dix ans sur le territoire de l'autre Partie ne peuvent être expulsés que pour des raisons touchant à la sécurité de l'Etat ou si les autres raisons mentionnées au paragraphe 1 revêtent un caractère particulier de gravité.

Article IV

1. A l'exception des droits que les dispositions législatives ou réglementaires qui sont ou seraient mises en vigueur sur leur territoire réservent aux nationaux, ou soumettent à une réglementation spéciale, ou dont elles subordonnent la jouissance à la réciprocité, chacune des Parties Contractantes reconnaît aux ressortissants et, le cas échéant, aux sociétés de l'autre Partie la jouissance de tous les droits civils, soit de nature personnelle, soit de nature patrimoniale.

2. Les Parties Contractantes ne pourront, après l'entrée en vigueur de la présente Convention, introduire de nouvelles restrictions à la jouissance des droits mentionnés au paragraphe 1 que pour des raisons relevant de la sécurité ou de la défense nationale, ou si elles se voient dans la nécessité de le faire pour des raisons impérieuses de caractère économique ou social, ou pour empêcher l'accaparement des ressources vitales du pays.

3. Les Parties Contractantes s'engagent à remettre au plus tard au moment de l'échange des instruments de ratification de la présente Convention une liste des dispositions législatives ou réglementaires contenant les restrictions visées au paragraphe 1 et qui réservent à leurs propres ressortissants l'acquisition, la possession, la jouissance et la disposition de certains biens ou les font dépendre d'une réglementation spéciale ou de la réciprocité.

4. Chacune des Parties Contractantes s'efforcera de réduire, en faveur des ressortissants de l'autre Partie, sa liste de restrictions. Elle s'efforcera également de faire bénéficier les ressortissants de l'autre Partie des exceptions admises par les dispositions législatives ou réglementaires en faveur des étrangers.

Article V

1. Chacune des Parties Contractantes autorisera sur son territoire les ressortissants de l'autre Partie à exercer sur un pied d'égalité avec les nationaux toute activité professionnelle, salariée ou non salariée, à moins que des raisons sérieuses de caractère économique ou social ne s'opposent à l'octroi de l'autorisation.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux activités réservées aux nationaux ou dont l'exercice par les étrangers est soumis à la condition de réciprocité ou à une réglementation spéciale.

(3) Die gegen Entgelt beschäftigten Staatsangehörigen der einen Vertragspartei werden im Gebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich des Inhalts, der Begründung und der Beendigung von Arbeitsverhältnissen, des Arbeitsentgeltes, des bezahlten Urlaubs, des Arbeitsschutzes, der Arbeitszeit, des Zulassungsalters zur Arbeit sowie hinsichtlich des Schutzes von Frauen und Jugendlichen, ebenso günstig behandelt wie eigene Staatsangehörige, soweit diese Materien durch Gesetze und Verordnungen sowie durch Anordnungen oder andere Maßnahmen der Verwaltung geregelt sind.

(4) Diese Gleichbehandlung erstreckt sich auf Gesetze und Verordnungen sowie Anordnungen und andere Maßnahmen der Verwaltung, die auf diesen Gebieten in Zukunft etwa erlassen werden.

Artikel VI

(1) Gesellschaften, die im Gebiet einer Vertragspartei ihren Sitz haben und nach den Gesetzen dieser Vertragspartei ordnungsmäßig errichtet sind, werden von der anderen Vertragspartei als zu Recht bestehend anerkannt, sofern nicht ihre Errichtung oder ihr Zweck gegen die öffentliche Ordnung dieser Vertragspartei verstößt.

(2) Die Gesellschaften einer Vertragspartei können sich im Gebiet der anderen Vertragspartei nach Maßgabe der geltenden Gesetze und Verordnungen betätigen und insbesondere dort Zweigniederlassungen, Agenturen oder Geschäftsstellen errichten und unterhalten.

(3) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei sind nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels V Abs. (1) und (2) berechtigt, im Gebiet der anderen Vertragspartei Gesellschaften zu errichten, sich an ihrer Errichtung zu beteiligen oder Beteiligungen an Gesellschaften der anderen Vertragspartei zu erwerben. Unter den gleichen Voraussetzungen sind die Staatsangehörigen beider Vertragsparteien berechtigt, alle Funktionen der Leitung, der Geschäftsführung, der Verwaltung und der Aufsicht in diesen Gesellschaften auszuüben.

Artikel VII

(1) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei, die als Handelsreisende oder Handelsvertreter für ein Unternehmen, dessen Hauptniederlassung sich im Gebiet dieser Vertragspartei befindet, Handelsgeschäfte vermitteln oder abschließen, bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit im Gebiet der anderen Vertragspartei keiner Genehmigung, sofern sie sich dort nicht länger als zwei Monate in jedem Halbjahr aufhalten.

(2) Die Ausübung der in Abs. (1) genannten Rechte kann indessen davon abhängig gemacht werden, daß ein von den Behörden des Heimatstaates ausgestellter Ausweis beigebracht wird, der dem Muster des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten entspricht. Dieser Ausweis (Legitimationskarte) bedarf keines konsularischen oder sonstigen Sichtvermerkes.

(3) Die Bestimmungen des am 7. November 1952 in Genf unterzeichneten Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial finden auf die in Abs. (1) genannten Staatsangehörigen der Vertragsparteien Anwendung.

Artikel VIII

(1) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei haben im Gebiet der anderen Vertragspartei bei der Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte und Interessen ungehinderten Zugang zu den Gerichten aller Instanzen. Sie genießen in dieser Hinsicht die gleichen Rechte und Vorteile wie die eigenen Staatsangehörigen.

3. Les travailleurs salariés de l'une des deux Parties Contractantes jouiront, sur le territoire de l'autre Partie, d'un traitement aussi favorable que celui accordé aux nationaux en ce qui concerne les clauses du contrat de travail, sa conclusion, sa résiliation, la rémunération, les congés payés, l'hygiène et la sécurité des travailleurs, la durée du travail, l'âge d'admission au travail, ainsi que la protection du travail des femmes et des enfants, pour autant que ces matières soient réglées par des dispositions législatives ou réglementaires ou par des dispositions ou des règlements administratifs.

4. Cette égalité de traitement s'étendra aussi à toutes les dispositions législatives ou réglementaires ainsi qu'aux dispositions ou règlements administratifs qui pourraient intervenir ultérieurement en ces matières.

Article VI

1. Sont reconnues par chacune des Parties Contractantes comme existant régulièrement, sous réserve que rien dans leur constitution ou leur objet ne soit contraire à l'ordre public de cette Partie, les sociétés légalement constituées sur le territoire de l'autre Partie et qui y ont leur siège social.

2. Les sociétés de l'une des Parties Contractantes peuvent exercer leur activité sur le territoire de l'autre Partie et notamment y créer et y entretenir des succursales, agences ou bureaux sous réserve des lois et règlements en vigueur.

3. Dans les conditions prévues à l'article V, paragraphes 1 et 2, les ressortissants et les sociétés de chacune des Parties Contractantes sont autorisés à fonder des sociétés sur le territoire de l'autre Partie, à participer à la fondation de sociétés ou à prendre des participations dans les sociétés de l'autre Partie. Dans les mêmes conditions, les ressortissants de chaque Partie Contractante sont autorisés à exercer toutes fonctions concernant la direction, la gestion, l'administration et la surveillance de ces sociétés.

Article VII

1. Les voyageurs de commerce et agents commerciaux, ressortissants de l'une des Parties Contractantes, qui négocient ou concluent des actes de commerce pour une entreprise ayant son centre principal d'activité sur le territoire de cette Partie, peuvent, sans autorisation, exercer leur activité sur le territoire de l'autre Partie, à condition de ne pas y séjourner plus de deux mois par semestre.

2. L'exercice des droits visés au paragraphe 1 peut toutefois être subordonné à la production par l'intéressé d'une pièce établie par les autorités du pays d'origine selon le modèle prévu par l'accord international signé le 3 novembre 1923 à Genève, en vue de la simplification des formalités douanières. Ladite pièce (Carte de légitimation) n'a pas à être revêtue d'un visa consulaire ou de tout autre visa.

3. Les dispositions de l'accord signé le 7 novembre 1952 à Genève en vue de faciliter l'importation des échantillons commerciaux et du matériel publicitaire sont applicables aux ressortissants des Parties Contractantes visés au paragraphe 1.

Article VIII

1. Les ressortissants et les sociétés de chacune des Parties Contractantes ont, sur le territoire de l'autre Partie, libre et facile accès devant les tribunaux à tous les degrés de juridiction, tant pour réclamer que pour défendre leurs droits et intérêts. Ils jouissent, à cet égard, des mêmes droits et avantages que les nationaux.

(2) Für die Sicherheitsleistung für Prozeßkosten und die Bewilligung des Armenrechts sind die zwischen den Vertragsparteien getroffenen oder noch zu treffenden Vereinbarungen maßgebend.

Artikel IX

(1) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei unterliegen vorbehaltlich der in Doppelbesteuerungsabkommen vorgesehenen Bestimmungen im Gebiet der anderen Vertragspartei keinen anderen oder höheren Abgaben, Gebühren oder Steuern, gleich welcher Art oder Bezeichnung, als sie von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei unter gleichen Verhältnissen erhoben werden. Ihnen stehen unter den gleichen Voraussetzungen wie den eigenen Staatsangehörigen Befreiungen, Ermäßigungen des Steuergrundbetrages, Steuerabzüge oder Steuernachlässe für Familienunterhaltskosten zu.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes (1) stehen einer etwaigen Erhebung von Gebühren für Aufenthaltsgenehmigungen oder Genehmigungen für die Berufsausübung nicht entgegen, wenn solche Gebühren auch von anderen Ausländern erhoben werden. Die Gebühren dürfen die von den Staatsangehörigen oder den Gesellschaften anderer Staaten erhobenen Gebühren nicht übersteigen.

Artikel X

(1) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften beider Vertragsparteien können zu Requisitionen jeglicher Art nur in gleicher Weise wie die eigenen Staatsangehörigen herangezogen werden und haben Anspruch auf Entschädigung, wie sie diesen nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften gewährt wird. Ihnen steht hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Requisitionen und der Höhe der Entschädigungen der gleiche Rechtsschutz wie den eigenen Staatsangehörigen zu.

(2) Die Verkehrsflugzeuge und Schiffe einer Vertragspartei sind in Friedenszeiten von Requisitionen seitens der anderen Vertragspartei ausgeschlossen.

(3) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei sind im Gebiet der anderen Vertragspartei vorbehaltlich eines besonderen Abkommens zur Regelung von Einzelfällen von jedem Militärdienst befreit. Die Befreiung erstreckt sich auch auf alle persönlichen Leistungen militärischer Art sowie auf alle Geld- und Sachleistungen, die als Ersatz für diese Dienste oder Leistungen erhoben werden.

Artikel XI

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, über Güter, Rechte und Interessen, die sich in ihrem Gebiet im rechtmäßigen Besitz von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei befinden, keine Maßnahme der Verfügung, Beschränkung oder Enteignung aus Gründen des öffentlichen Wohls zu treffen, die nicht unter den gleichen Voraussetzungen gegenüber den eigenen Staatsangehörigen zulässig wäre. Das gleiche gilt für die Entschädigungen, die auf Grund dieser Maßnahmen zu leisten sind. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Partei genießen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Enteignung und der Höhe der Entschädigung den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsangehörigen.

Artikel XII

Die Vertragsparteien, die sich zum Grundsatz des freien Wettbewerbs und der freien Flaggenwahl bekennen, werden beide im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages, der sich nur auf Seeschifffahrt bezieht, die Freiheit der Schifffahrt zwischen ihren Gebieten wahren.

2. Les questions relatives à la caution judicatum solvi et à l'assistance judiciaire seront réglées entre les Parties Contractantes conformément aux accords intervenus ou à intervenir entre elles.

Article IX

1. Sous réserve des dispositions contenues dans les accords de doubles impositions, les ressortissants et les sociétés de chacune des Parties Contractantes ne seront pas assujettis, sur le territoire de l'autre Partie, à des droits, taxes ou contributions, sous quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux perçus sur les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie se trouvant dans la même situation. Ils bénéficieront, dans les mêmes conditions que les nationaux, des exemptions, abattements à la base, déductions et réductions d'impôts accordés pour charges de famille.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne font pas obstacle à la perception, le cas échéant, des taxes afférentes à la délivrance des autorisations de séjour ou d'exercice d'une activité professionnelle, si ces taxes sont également perçues sur les autres étrangers. Le taux de ces taxes ne pourra être supérieur à celui des taxes perçues sur les ressortissants et les sociétés de tout autre Etat.

Article X

1. Les ressortissants et sociétés des Parties Contractantes ne seront astreints qu'aux réquisitions de quelque nature que ce soit imposées aux nationaux et auront droit aux indemnités accordées à ces derniers par les lois en vigueur. Ils bénéficieront des mêmes garanties que les nationaux en ce qui concerne la légitimité de la réquisition et le montant de l'indemnité.

2. En temps de paix, les aéronefs à usage commercial et les navires des Parties Contractantes ne peuvent faire l'objet d'une réquisition, de la part de l'autre Partie.

3. Les ressortissants des Parties Contractantes, sous réserve des cas particuliers qui seraient réglés par un accord spécial, sont exempts, sur le territoire de l'autre Partie, de tout service militaire dans les armées régulières, les gardes ou les milices et de toutes prestations militaires personnelles, ainsi que de toutes contributions en argent ou en nature perçues en remplacement de ce service ou de ces prestations.

Article XI

Chacune des Parties Contractantes s'engage à ne prendre, à l'égard des biens, droits et intérêts légalement possédés sur son territoire par les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie, aucune mesure de disposition, de limitation ou d'expropriation pour cause d'utilité publique qui ne serait pas applicable, dans les mêmes conditions, à ses nationaux. Il en sera de même pour les indemnités auxquelles ces mesures donneront lieu. Les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie bénéficieront des mêmes garanties que les nationaux en ce qui concerne la légitimité de l'expropriation et le montant de l'indemnité.

Article XII

Les Parties Contractantes, attachées aux principes de la libre concurrence et du libre choix du pavillon, reconnaissent la liberté de navigation entre leurs deux territoires dans le cadre des dispositions de la présente Convention qui s'applique uniquement à la navigation maritime.

Artikel XIII

(1) Schiffe im Sinne dieses Vertrages sind Seeschiffe aller Art, ohne Rücksicht darauf, ob sie im privaten oder öffentlichen Eigentum stehen oder privat oder öffentlich betrieben werden; Kriegsschiffe sind ausgenommen.

(2) Schiffe unter der Flagge einer Vertragspartei gelten als Schiffe dieser Vertragspartei, wenn sie die Papiere mit sich führen, die nach deren Recht zum Nachweis der Nationalität vorgeschrieben sind.

(3) Die von den zuständigen Behörden ausgestellten Schiffsmeßbriefe werden gegenseitig anerkannt. Die Schiffsmeßgebühren und Schiffsmeßabgaben werden auf Grund dieser Meßbriefe ohne eine neue Vermessung nach den Bestimmungen berechnet und entrichtet, die im Gebiet der anderen Partei gelten, es sei denn, daß der Zustand des Schiffes bei der Vorführung vor den Zollbehörden den Angaben des Meßbriefes offenbar nicht entspricht.

(4) Die Gesetze und Verordnungen beider Vertragsparteien über Besatzung, Ausrüstung, Einrichtung und Unterhaltung von Fahrgast- und Frachtschiffen sowie über den Schutz des menschlichen Lebens auf See und die auf Grund dieser Vorschriften erteilten Zeugnisse werden gegenseitig anerkannt. Jedes Schiff einer Vertragspartei, das im Besitz dieser Zeugnisse ist, unterliegt in den Häfen der anderen Vertragspartei der Kontrolle des von ihr beauftragten Beamten nur, soweit diese Kontrolle den Zweck verfolgt, festzustellen, ob gültige Zeugnisse an Bord vorhanden sind. Die Zeugnisse werden als ausreichend angesehen, es sei denn, daß nach Ansicht des mit der Kontrolle beauftragten Beamten der Zustand der Seetüchtigkeit den im Zeugnis enthaltenen Angaben im wesentlichen nicht entspricht und das Schiff nicht ohne Gefahr für seine Fahrgäste und Besatzung auslaufen kann. In diesem Falle kann der mit der Kontrolle beauftragte Beamte geeignete Schritte unternehmen, um die Abfahrt des Schiffes zu verhindern. Er hat sofort schriftlich den Konsul der anderen Vertragspartei von der getroffenen Entscheidung und den Umständen zu unterrichten, die sie veranlaßt haben.

Artikel XIV

(1) Jede Vertragspartei sichert den Schiffen unter der Flagge der anderen Partei in ihren Häfen die gleiche Behandlung wie ihren eigenen Schiffen zu. Dies gilt für die Zollformlichkeiten, die Erhebung von Gebühren und Hafengebühren, den freien Zugang zu den Häfen, ihre Benutzung sowie für alle Erleichterungen, die der Schifffahrt und den wirtschaftlichen Betätigungen in bezug auf Schiffe, ihre Besatzungen, Fahrgäste und Güter gewährt werden. Hierzu gehören insbesondere die Zuweisung von Liegeplätzen am Kai und Erleichterungen beim Laden und Löschen.

(2) Die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes gelten nicht für die nach den Gesetzen der Vertragsparteien auf dem Gebiet der Schifffahrt vorbehaltenen Betätigungen und Transporte, insbesondere die Hafen- und Schleppdienste, das Lotswesen, die nationale Küstenschifffahrt und die Fischerei auf See.

Artikel XV

(1) Wenn ein Schiff der einen Vertragspartei in der Nähe der Küste der anderen Vertragspartei strandet oder schiffbrüchig wird oder in Seenot ist und einen Hafen der anderen Vertragspartei anlaufen muß, so gewährt diese dem Schiff und den an Bord befindlichen Personen und Gütern Schutz und Hilfe wie den Schiffen unter eigener Flagge; sie wird ferner dem Schiff nach dessen Ausbesserung die Weiterfahrt gestatten.

Article XIII

1. Aux termes de la présente Convention, l'expression « navires » comprend toutes les catégories de bâtiments de mer, qu'ils appartiennent à ou soient exploités par l'Etat ou des particuliers. Cette expression ne vise pas les navires de guerre.

2. Les navires battant pavillon de l'une des Parties Contractantes et porteurs des documents prescrits par la législation de celle-ci pour établir leur nationalité sont considérés comme navires de ladite Partie.

3. Les certificats de jauge délivrés par les autorités compétentes sont reconnus par les deux Parties. Le calcul et le paiement des droits et taxes de navigation se font sur la base de ces certificats de jauge sans qu'il soit procédé à un nouveau jaugeage conforme aux dispositions applicables sur le territoire de l'autre Partie, à condition toutefois que lesdits certificats s'appliquent bien aux navires tels qu'ils ont été présentés au moment de la mise en douane.

4. Sont reconnus par chacune des Parties Contractantes les dispositions légales et réglementaires de l'autre Partie concernant l'équipage, l'armement, l'installation et l'entretien des navires à passagers et des navires de charge ainsi que la protection de la vie humaine en mer. Sont également reconnus les certificats délivrés en vertu de ces dispositions. Tout navire de l'une des Parties Contractantes possédant les certificats susvisés est sujet dans les ports de l'autre Partie au contrôle du fonctionnaire dûment habilité par cette Partie, dans la mesure où ce contrôle a pour objet de vérifier qu'il existe à bord des certificats valables. Ces certificats seront considérés comme suffisants à moins que, de l'avis du fonctionnaire chargé du contrôle, l'état de navigabilité du navire ne corresponde pas en substance aux indications qui y sont portées et qu'il ne puisse prendre la mer sans danger pour ses passagers ou pour son équipage. Le fonctionnaire chargé du contrôle prend, dans ce cas, toutes dispositions convenables pour empêcher le départ du navire et informe immédiatement et par écrit le Consul de l'autre Partie de la décision prise et des circonstances qui l'ont motivée.

Article XIV

1. Chacune des Parties Contractantes assurera dans ses ports aux navires battant pavillon de l'autre Partie le même traitement qu'à ses propres navires en ce qui concerne les formalités douanières, la perception des droits et taxes portuaires ainsi que la liberté d'accès aux ports, leur utilisation et toutes les commodités qu'elle accorde à la navigation et aux opérations commerciales pour les navires et leurs équipages, les passagers et les marchandises. Cette disposition vise notamment l'attribution des places à quai et les facilités de chargement et de déchargement.

2. Les dispositions du paragraphe précédent ne s'appliquent pas aux navigations, activités et transports légalement réservés par chacune des deux Parties et notamment, aux services de port, au remorquage, au pilotage, au cabotage national et à la pêche maritime.

Article XV

1. Si un navire de l'une des Parties Contractantes s'échoue ou fait naufrage près des côtes de l'autre Partie, ou s'il est en détresse et doit toucher un port de ladite Partie, celle-ci accordera au navire ainsi qu'aux personnes et aux biens qui sont à bord les mêmes protections et assistance qu'à un navire battant son propre pavillon. Elle lui accordera également l'autorisation de poursuivre son voyage après réparations.

(2) Die von einem gestrandeten oder schiffbrüchigen Schiff und seiner Ladung geretteten Gegenstände werden dem Eigentümer oder seinem Vertreter zurückgegeben, wenn der Berechtigte seinen Anspruch innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist nachweist. Wenn solche Gegenstände verkauft worden sind, wird der Reinerlös aus dem Verkauf nach Abzug etwaiger Abgaben und Zölle dem Eigentümer oder seinem Vertreter, sofern der oben erwähnte Nachweis erbracht ist, zur Verfügung gestellt. Die Bergungskosten und andere Kosten, die bei der Bergung entstanden sind, werden nach den für die eigenen Staatsangehörigen geltenden Bestimmungen berechnet.

(3) Vorbehaltlich der Gesetze und Verordnungen, die sich auf Strandung beziehen, werden die geborgenen Schiffe und Gegenstände von allen Abgaben und Zöllen befreit, vorausgesetzt, daß sie nicht für den inländischen Gebrauch oder Verbrauch bestimmt sind. Sie können jedoch in diesem Falle bis zu ihrer Wiederausfuhr Zollsicherungsmaßnahmen unterworfen werden.

Artikel XVI

Vorbehaltlich der Gesetze und Verordnungen, insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Besatzungsmitglieder, dürfen Kapitäne von Schiffen unter der Flagge der einen Vertragspartei in den Häfen der anderen Vertragspartei die zur Fortsetzung der Reise erforderlichen Seeleute anheuern, wenn ihre Mannschaft infolge von Krankheit oder aus einem anderen Grund nicht mehr vollzählig ist. Diese Seeleute haben das Recht, nach Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen auf Kosten des Reeders in ihre Heimat zurückgebracht zu werden.

Artikel XVII

(1) Dieser Vertrag findet einerseits im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, andererseits im französischen Mutterland, in Algerien und in den überseeischen Departements Anwendung.

(2) Der Vertrag kann auf jedes der überseeischen Gebiete der französischen Republik durch Briefwechsel ausgedehnt werden, durch den gegebenenfalls die Einzelheiten der Anwendung des Vertrages auf diese Gebiete geregelt werden.

(3) Die Artikel XII, XIII, XIV, XV und XVI gelten in denselben in den überseeischen Gebieten der französischen Republik von dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an.

Artikel XVIII

(1) Die Vertragsparteien setzen einen Gemischten Beratenden Ausschuß ein, der auf Ersuchen einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zusammentritt.

(2) Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Fragen zu prüfen, die bei der Anwendung dieses Vertrages auftreten können, und den Vertragsparteien die Lösung etwa auftretender Schwierigkeiten zu erleichtern.

(3) Der Ausschuß erstellt nach jeder Sitzung einen Bericht, der den beiden Regierungen zugeleitet wird.

(4) Der Ausschuß setzt sich aus höchstens sechs Vertretern jeder Vertragspartei zusammen.

Artikel XIX

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages, die nicht durch den Gemischten Beratenden Ausschuß oder auf diplomatischem Wege beigelegt werden kann, wird auf Verlangen einer der Ver-

2. Les objets sauvés d'un navire échoué ou naufragé et de sa cargaison seront restitués au propriétaire ou à son représentant, pourvu qu'il justifie de son droit dans le délai prévu par la loi. Si lesdits objets ont été vendus, le produit net de la vente, après déduction le cas échéant des droits et taxes de douane exigibles, sera, aux conditions de justification susvisées, mis à la disposition du propriétaire ou de son représentant. Le montant des droits de sauvetage et des autres frais occasionnés par le sauvetage sera calculé d'après les mêmes règles que celles applicables aux nationaux.

3. Sous réserve des dispositions législatives réglementaires concernant les épaves et les marchandises naufragées, les navires et objets sauvés seront exonérés de tous droits et taxes de douane s'ils ne sont pas destinés à l'utilisation ou à la consommation intérieures; toute fois, dans cette hypothèse, ils peuvent être soumis à des mesures de sûreté douanière, jusqu'à réexportation.

Article XVI

Sous réserve des dispositions législatives et réglementaires et notamment celles relatives à la nationalité des équipages, les capitaines de navires battant pavillon de l'une des Parties Contractantes, et dont l'équipage n'est pas au complet par suite de maladie ou pour tout autre motif, sont autorisés à engager dans les ports de l'autre Partie les marins nécessaires à la poursuite du voyage. Les marins ainsi engagés auront le droit après exécution du contrat de se faire rapatrier aux frais de l'armateur.

Article XVII

1. La présente Convention s'applique, d'une part, à la France métropolitaine, à l'Algérie et aux Départements d'Outre-Mer et, d'autre part, au territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

2. Elle peut être étendue à chacun des territoires d'Outre-Mer de la République Française par un échange de lettres qui prévoira éventuellement les modalités de l'application de la Convention à ces territoires.

3. Toutefois les articles XII, XIII, XIV, XV et XVI s'appliquent aux territoires d'Outre-Mer de la République Française dès l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article XVIII

1. Les Parties Contractantes constitueront une Commission Consultative Mixte qui se réunira alternativement en France et sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne à la demande de l'une ou l'autre des Parties.

2. Elle aura pour mission d'examiner les questions que pourrait poser en pratique l'application de la présente Convention et de faciliter aux Parties la solution des difficultés qui pourraient survenir.

3. La Commission établira après chaque session un rapport qui sera adressé aux deux Gouvernements.

4. La Commission sera composée, au maximum, de six représentants de chaque Partie.

Article XIX

1. Tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention qui n'aurait pu être réglé par la Commission Consultative Mixte ou par voie diplomatique sera soumis, à la demande d'une des Par-

tragsparteien einem Schlichtungsausschuß unterbreitet, der beauftragt ist, eine Lösung für den Streit zu suchen, und der sich aus einem Vertreter der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und einem Vertreter der französischen Regierung zusammensetzt. Jede Regierung ernennt innerhalb eines Monats ihren Vertreter.

(2) Wenn diese beiden Vertreter nicht innerhalb von drei Monaten, nachdem ihnen die Streitigkeit unterbreitet worden ist, zu einer Regelung gelangen, bestimmen sie im Einvernehmen miteinander ein weiteres Mitglied, das nicht Staatsangehöriger der Vertragsparteien sein darf. Wird innerhalb von zwei Monaten über die Wahl dieses Mitgliedes keine Einigung erzielt, so kann die eine oder die andere Partei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, ein drittes Mitglied des Ausschusses zu benennen. Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes verhindert, einer Bitte um Benennung eines Mitgliedes eines dritten Staates zu entsprechen oder ist er Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien, so wird der Vizepräsident das dritte Mitglied des Ausschusses benennen. Wenn der Vizepräsident ebenfalls verhindert oder Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien ist, so wird die Benennung von dem ältesten Mitglied des Gerichtshofes vorgenommen, das nicht Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien ist. Der Ausschuß wird dann zu einem Schiedsgericht.

(3) Das Schiedsgericht setzt seine Verfahrensordnung fest und beschließt mit Stimmenmehrheit seiner Mitglieder. Seine Entscheidung ist endgültig und bindend.

Artikel XX

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt zwei Wochen nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Der Vertrag ist auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen und bleibt über diesen Zeitpunkt hinaus so lange in Kraft, bis ihn eine der Vertragsparteien mit einer Frist von sechs Monaten kündigt.

ZU URKUND DESSEN haben die in gehöriger Weise Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und ihr Siegel beigefügt.

GESCHEHEN zu Luxemburg am 27. Oktober 1956 in doppelter Urschrift in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen verbindlich ist.

von Brentano

Pineau

ties, à une Commission de Conciliation chargée de rechercher une solution du litige et composée d'un représentant du Gouvernement français et d'un représentant du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne. Chaque Gouvernement désignera son représentant dans un délai d'un mois.

2. Au cas où ces deux représentants ne pourraient parvenir à un règlement dans les trois mois qui suivent la date à laquelle le différend leur a été soumis, ils désigneront, d'un commun accord, un nouveau membre choisi parmi les ressortissants d'un Etat tiers. A défaut d'accord dans un délai de deux mois, sur le choix de ce membre, l'une ou l'autre Partie pourra demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à la désignation d'un tiers membre de la Commission. Si le Président de la Cour Internationale de Justice est empêché de donner suite à une demande de désignation d'un membre d'un Etat tiers ou s'il est ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, c'est au Vice-Président qu'il appartient de nommer le troisième membre de la Commission. Si le Vice-Président est également empêché ou s'il est ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, la nomination appartient au membre de la Cour le plus âgé qui n'est pas ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes. La Commission assume alors le rôle de Tribunal d'Arbitrage.

3. Le Tribunal d'Arbitrage fixe son règlement de procédure et statue à la majorité des voix de ses membres. Sa décision est définitive et obligatoire.

Article XX

1. La présente Convention sera ratifiée. Elle entrera en vigueur deux semaines après l'échange des instruments de ratification.

2. Elle aura une durée de cinq ans et restera en vigueur après ce terme tant que l'une des Parties Contractantes n'aura pas notifié par un préavis de six mois son intention d'en faire cesser les effets.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires dûment autorisés ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT en double exemplaire à Luxembourg, le 27 octobre 1956 en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

von Brentano

Pineau

Protokoll

Gleichzeitig mit der heute vorgenommenen Unterzeichnung eines Niederlassungs- und Schiffsvertrages haben die unterfertigten Bevollmächtigten die folgenden Bestimmungen vereinbart, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bilden sollen:

1. Zu Artikel I Abs. (1); Artikel II; Artikel III; Artikel V; Artikel VI

Soweit auf Gesetze und Verordnungen Bezug genommen wird, sind hierunter allgemein Gesetze und Verordnungen zu verstehen, die in dem Gebiet der Vertragsparteien in Kraft sind oder in Kraft gesetzt werden, einschließlich der Gesetze und Verordnungen über die Einreise, das Reisen und den Aufenthalt von Ausländern in diesem Gebiet sowie die Ausübung von beruflichen Tätigkeiten durch diese.

2. Zu Artikel I Abs. (3)

Ohne daß hierdurch andere Nachweise zur Bestimmung der Staatsangehörigkeit ausgeschlossen werden, sind als Staatsangehörige einer Vertragspartei ohne weiteres alle Personen anzusehen, die Inhaber eines von der zuständigen Behörde ihres Heimatstaates ausgestellten nationalen Passes oder eines amtlichen Personalausweises sind, wenn darin der Inhaber als Staatsangehöriger dieses Staates bezeichnet ist.

3. Zu Artikel I Abs. (2); Artikel II; Artikel III; Artikel IV; Artikel V; Artikel VI und Artikel VII

Jede Vertragspartei hat das Recht, nach ihren innerstaatlichen Grundsätzen, deren Beurteilung ihr allein zusteht, zu bestimmen:

- a. die Gründe der öffentlichen Ordnung, der Volksgesundheit, der Sicherheit oder der Sittlichkeit, die der Einreise der Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei in ihr Gebiet etwa entgegenstehen. Das gleiche gilt für die Anerkennung des Bestehens von Gesellschaften der anderen Vertragspartei, die in deren Gebiet rechtmäßig gegründet sind und dort ihren Sitz haben;
- b. die sich aus ihren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ergebenden Gründe, die der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen längeren oder dauernden Aufenthalt oder der Genehmigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit an die Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet etwa entgegenstehen;
- c. die Tatbestände, in denen eine Gefährdung der Sicherheit des Staates oder eine Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit zu erblicken ist;
- d. die Gründe, die ihr das Recht geben, die Ausübung gewisser Rechte und Tätigkeiten ihren Staatsangehörigen vorzubehalten oder Staatsangehörige der anderen Vertragspartei insoweit Sonderbestimmungen zu unterwerfen;
- e. die Gründe, die eine Ausweisung rechtfertigen können und die „besonders schwerwiegend“ sind. Hierbei sind das Verhalten des Betreffenden während der gesamten Dauer seines Aufenthaltes und seine familiären Bindungen zu berücksichtigen;
- f. die Gründe, aus denen jede von ihnen, unbeschadet der von den Parteien übernommenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit, auf gesetzlicher Grundlage der nationalen Flagge Betätigungen und Transporte auf dem Gebiet der Schifffahrt vorbehalten kann (vgl. Artikel XIV Abs. (2) des Vertrages und Nr. 8 Buchstabe C dieses Protokolls).

Protocole

Au moment de procéder à la signature de la Convention d'établissement et de navigation en date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus des dispositions suivantes qui font partie intégrante de la Convention:

1. Ad. Article I, paragraphe 1, Article II, Article III, Article V et Article VI

La référence aux lois et règlements en vigueur s'entend en général des lois et règlements qui sont ou seraient mis en vigueur sur le territoire des Parties Contractantes, y compris les lois et règlements concernant les conditions d'entrée, de circulation et de séjour des étrangers sur ce territoire, ainsi que l'exercice, par eux, d'activités professionnelles.

2. Ad. Article I, paragraphe 3

Sans préjudice d'autres méthodes de détermination de nationalité, est considéré de plein droit comme ressortissant de l'une des Parties Contractantes toute personne titulaire d'un passeport national délivré par les autorités compétentes de son pays ou d'une pièce d'identité officielle mentionnant que son titulaire est ressortissant de ce pays.

3. Ad. Article I, paragraphe 2, Article II, Article III, Article IV, Article V, Article VI et Article VII

Chaque Partie a le droit d'apprécier selon des critères nationaux dont elle est seule juge:

- a. les raisons relatives à l'ordre public, à la santé publique, à la sécurité ou aux bonnes mœurs qui peuvent s'opposer à l'entrée sur son territoire des ressortissants de l'autre Partie ou à la reconnaissance de l'existence des sociétés de l'autre Partie qui y sont légalement constituées et qui y ont leur siège social;
- b. les raisons titrées de son état économique et social qui pourraient s'opposer à l'octroi d'une autorisation de résidence prolongée ou permanente sur son territoire aux ressortissants de l'autre Partie ou à l'autorisation d'y exercer une activité lucrative;
- c. les circonstances qui constituent une menace à la sécurité de l'Etat ou qui portent atteinte à l'ordre public ou aux bonnes mœurs;
- d. les raisons pour lesquelles elle a le droit de réserver à ses nationaux l'exercice de certains droits et activités ou de soumettre en ces matières les ressortissants de l'autre Partie à des conditions spéciales;
- e. les raisons pouvant motiver l'expulsion et qui revêtent un « caractère particulier de gravité ». Dans cette appréciation, il sera tenu compte de la conduite qu'aura eue l'intéressé pendant toute la durée de sa résidence ainsi que de ses liens familiaux;
- f. sans préjudice des obligations internationales assumées par les Parties, notamment en matière d'arbitrage, les raisons pour lesquelles chacune d'elles peut légalement réserver au pavillon national toutes navigations, activités et transports (cf. Article XIV paragraphe 2 de la Convention et paragraphe 8, lettre c, du présent Protocole.)

4. Zu Artikel VI

Unter „Gesellschaften“ im Sinne dieses Vertrages sind alle Gesellschaften zu verstehen, deren Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist. Dies sind insbesondere:

a. in Frankreich:

les sociétés civiles,
les sociétés en nom collectif,
les sociétés en commandite simple,
les sociétés en commandite par actions,
les sociétés anonymes,
les sociétés à responsabilité limitée,
les coopératives,
les sociétés d'assurances à forme mutuelle,
les sociétés mutuelles d'assurances,
les sociétés d'économie mixte,
les établissements publics de caractère industriel et commercial

b. in Deutschland:

die Aktiengesellschaften,
die Kommanditgesellschaften auf Aktien,
die Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
die Reedereien,
die offenen Handelsgesellschaften,
die Kommanditgesellschaften,
die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts,
die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
die bergrechtlichen Gewerkschaften,
die Genossenschaften,
die Stiftungen, unter der Voraussetzung, daß ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist,
die Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts mit Aufgaben gewerblicher Art.

5. Zu Artikel VII Abs. (1)

Es besteht Einverständnis darüber, daß der Artikel VII nur auf diejenigen Handelsreisenden oder Handelsvertreter Anwendung findet, die Staatsangehörige einer der Vertragsparteien sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet dieser Vertragspartei haben, im Dienste eines Unternehmens stehen, das seinen Sitz außerhalb des Gebietes des Gastlandes hat, und die nicht von einer Zweigstelle, Agentur oder Geschäftsstelle mit Sitz im Gebiet des Gastlandes bezahlt werden.

6. Zu Artikel IX

Es wird ausdrücklich erklärt, daß unter Abgaben, Gebühren und Steuern im Sinne des Artikels IX dieses Vertrages nicht Zölle, Steuern oder andere Abgaben fallen, wie sie in den Artikeln I und III des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947, dem die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik angehören, aufgeführt sind.

7. Zu Artikel XIV Abs. (1)

Es wird klargelegt, daß die in Artikel XIV dieses Vertrages erwähnten Erleichterungen nicht die zollfreie Einfuhr von Erzeugnissen und Waren, die sich etwa an Bord befinden, umfassen.

8. Zu Artikel XIV Abs. (2)

A. Von französischer Seite sind den Schiffen unter französischer Flagge folgende Arten der Schifffahrt und des Transports vorbehalten:

1. der Transport von Gütern und Fahrgästen zwischen
 - a. französischen Häfen des Mutterlandes oder Algerien;
 - b. französischen Häfen des Mutterlandes und Algeriens;

4. Ad. Article VI

Aux termes de cette Convention, il faut entendre par « sociétés » toutes sociétés dont l'activité est à but lucratif, notamment:

a - en France:

les sociétés civiles,
les sociétés en nom collectif,
les sociétés en commandite simple,
les sociétés en commandite par actions,
les sociétés anonymes,
les sociétés à responsabilité limitée,
les coopératives,
les sociétés d'assurances à forme mutuelle,
les sociétés mutuelle d'assurances,
les sociétés d'économie mixte,
les établissements publics de caractère industriel et commercial.

b - en Allemagne:

die Aktiengesellschaften,
die Kommanditgesellschaften auf Aktien,
die Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
die Reedereien,
die offenen Handelsgesellschaften,
die Kommanditgesellschaften,
die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts,
die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
die bergrechtlichen Gewerkschaften,
die Genossenschaften,
die Stiftungen, à condition qu'elles soient à but lucratif,
die Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts mit Aufgaben gewerblicher Art.

5. Ad. Article VII, paragraphe 1

Il est entendu que l'article VII s'applique uniquement aux voyageurs de commerce et agents commerciaux ressortissants de l'une des Parties et ayant leur résidence habituelle sur le territoire de cette Partie qui, étant au service d'une entreprise située hors du pays d'accueil, ne sont pas rémunérés par une succursale, une agence ou un bureau ayant son siège dans ce pays.

6. Ad. Article IX

Il est déclaré expressément que par droits, taxes et contributions aux termes de l'article IX de la présente Convention, il ne faut pas entendre les droits, taxes ou impositions visés par les articles 1 et 3 de l'Accord général sur les Tarifs Douaniers et le Commerce du 30 octobre, auquel sont Parties la République Fédérale d'Allemagne et la République Française.

7. Ad. Article XIV, paragraphe 1

Il est précisé que les commodités dont il est fait mention à l'article XIV de la présente Convention ne comportent pas la franchise douanière pour les produits ou marchandises qui peuvent se trouver à bord.

8. Ad. Article XIV, paragraphe 2

A - Sont réservés, du côté français, aux navires battant pavillon national ou assimilés, les navigations et transports visés ci-après:

- 1 - Transports de marchandises ou de passagers entre:
 - a - ports français métropolitains ou algériens;
 - b - ports français métropolitains et algériens;

c. Häfen der überseeischen Départements: la Réunion, la Guadeloupe, la Martinique und la Guyane oder zwischen den Häfen der drei letztgenannten Départements;

2. der Schleppdienst

- a. innerhalb der Häfen oder der Territorialgewässer von Frankreich, von Algerien oder der überseeischen Départements;
- b. zwischen Häfen jedes der unter a. genannten Gebiete;
- c. zwischen Häfen des Mutterlandes und Algeriens oder zwischen Häfen von la Guadeloupe, la Martinique und la Guyane.

3. Küstenschifffahrt und Schleppdienst, soweit sie seitens der überseeischen Gebiete vorbehalten sind.

B. Von deutscher Seite sind den Schiffen unter nationaler Flagge die nachstehenden Arten der Schifffahrt und des Transports vorbehalten:

1. der Transport von Gütern und Fahrgästen zwischen deutschen Häfen;
2. der Schleppdienst
 - a. innerhalb der Häfen und der deutschen Territorialgewässer;
 - b. zwischen den deutschen Häfen.

C. Jede der beiden Vertragsparteien kann auf gesetzlicher Grundlage alle Betätigungen oder Transporte auf dem Gebiete der Schifffahrt in dem Umfange der nationalen oder assimilierten Flagge vorbehalten, in dem sie einen solchen Vorbehalt für vereinbar mit den Verpflichtungen erachtet, die sie auf internationaler Ebene eingegangen ist.

9. Zu Artikel XVI

Die Vertragsparteien haben vereinbart, daß die Seeleute, die Staatsangehörigen der Vertragsparteien und im Besitz einer Ein- oder Ausschiffungsorder sind, grundsätzlich die Genehmigung erhalten können, durch das Gebiet der anderen Vertragspartei unter Vorweis ihres Seefahrtsbuches zu reisen, um sich an Bord ihres Schiffes zu begeben oder um in ihre Heimat zurückzukehren. Die Einzelheiten der Anwendung dieser Bestimmung bleiben einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

10. Zu Artikel XVII

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

11. Zu Artikel XIX

Unbeschadet der von den Parteien übernommenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit, ist das in Artikel XIX vorgesehene Schlichtungs- und Schiedsverfahren nicht auf Streitigkeiten anwendbar, die sich daraus ergeben, daß die Vertragsparteien von einem Recht Gebrauch machen, das ihnen gemäß Nr. 3 des Protokolls vorbehalten ist.

12.

Jede Vertragspartei gewährt im Rahmen dieses Vertrages die Inländerbehandlung auf Grund der Tatsache, daß die gleiche Behandlung durch die andere Vertragspartei im gleichen Bereich gewährt wird.

GESCHEHEN zu Luxemburg am 27. Oktober 1956

von Brentano

c - ports des départements d'Outre-Mer: la Réunion, la Guadeloupe, la Martinique et la Guyane ou entre les ports de ces trois derniers départements.

2 - Remorquage:

- a - à l'intérieur des ports ou des eaux territoriales de la France, de l'Algérie ou des départements d'Outre-Mer;
- b - entre ports de chacun de ces territoires;
- c - entre ports métropolitains et algériens ou entre ports de la Guadeloupe, de la Martinique et de la Guyane.

3 - Cabotage et remorquage réservés par les territoires d'Outre-Mer.

B - Sont réservés, du côté allemand, aux navires battant pavillon national les navigations et transports visés ci-après:

- 1 - Transports de marchandises ou de passagers entre ports allemands.
- 2 - Remorquage:
 - a - à l'intérieur des ports et des eaux territoriales allemandes;
 - b - entre les ports allemands.

C - Chacune des Parties peut éventuellement réserver légalement au pavillon national ou assimilé toutes navigations, activités ou transports, dans la mesure où cette Partie juge cette réserve compatible avec les obligations contractées par elle sur le plan international.

9. Ad. Article XVI

Les Parties Contractantes sont convenues qu'en principe les marins ressortissants de l'une d'elles ayant reçu un ordre d'embarquement ou de débarquement peuvent être autorisés à pénétrer sur le territoire de l'autre Partie sous le simple couvert de leur livret professionnel de marin, soit pour rejoindre leur navire, soit pour rentrer dans leur pays. Un accord particulier réglera les modalités d'application de cette disposition.

10. Ad. Article XVII

La présente convention s'applique au territoire de Berlin, à moins que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, dans un délai de trois mois après l'entrée en vigueur de la convention, ne remette au Gouvernement de la République Française une déclaration en sens contraire.

11. Ad. Article XIX

Sans préjudice des obligations internationales assumées par les Parties, notamment en matière d'arbitrage, la procédure de conciliation et d'arbitrage prévue à l'article XIX n'est pas applicable aux différends résultant de l'exercice par les Parties du droit réservé par le paragraphe 3 ci-dessus.

12.

Chaque Partie Contractante accorde, dans le cadre de la présente Convention, le traitement national en vertu du fait que ce traitement est également octroyé par l'autre Partie dans les mêmes domaines.

FAIT à Luxembourg, le 27 octobre 1956

von Brentano

Pineau

Pineau

**Briefwechsel
zu dem Niederlassungs- und Schiffsverkehrsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik**

1

Ministère
des Affaires Étrangères

Liberté · Égalité · Fraternité
République Française

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Paris, le 27 octobre 1956.

Luxemburg, den 27. Oktober 1956

Monsieur le Ministre,

Herr Minister,

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang nachstehenden, mir heute zugegangenen Briefes zu bestätigen, dessen Inhalt meine Regierung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat:

Au moment de procéder à la signature de la Convention d'établissement et de navigation entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que mon Gouvernement estime nécessaire de préciser ce qui suit au sujet de certains dispositions des Articles V et VI de la Convention.

Les ressortissants et sociétés de l'une des Parties Contractantes désireux d'exercer leurs activités sur le territoire de l'autre Partie, doivent obtenir au préalable les autorisations éventuellement prévues par la législation et la réglementation en vigueur dans cet Etat.

Toutefois, le Gouvernement français, animé de l'esprit de coopération qui a présidé à l'élaboration de cette Convention, entend faciliter dans toute la mesure compatible avec l'évolution de la conjoncture économique, l'activité des ressortissants allemands qui veulent exercer en France une activité commerciale ou industrielle soumise à la délivrance de la carte de commerçant. Il se propose en conséquence, sous réserve de réciprocité effective, de faire un usage libéral de son pouvoir de contrôle de l'installation de ces personnes ou sociétés, et accordera les autorisations requises dans tous les cas où il estimera que la situation économique et sociale française n'y fait pas obstacle.

Convaincu que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne a le même souci de donner une impulsion nouvelle au développement des échanges entre les deux Pays, je vous serais reconnaissant de vouloir bien me donner l'assurance que l'activité des sociétés et ressortissants français en Allemagne bénéficiera d'une égale bienveillance.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

Pineau

„Im Augenblick der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schiffsverkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich beehre ich mich, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für notwendig erachtet, bezüglich gewisser Bestimmungen der Artikel V und VI des Vertrages folgendes klarzustellen.

Staatsangehörige und Gesellschaften des einen Vertragsteils, die im Gebiete des anderen Vertragsteils tätig zu werden wünschen, haben zuvor die nach den in diesem Staate geltenden Gesetzen und Verordnungen gegebenenfalls vorgeschriebenen Genehmigungen zu erwirken.

Von dem Geiste der Zusammenarbeit geleitet, der bei der Ausarbeitung dieses Vertrages geherrscht hat, gedenkt die französische Regierung jedoch, die Betätigung deutscher Staatsangehöriger, die in Frankreich eine kaufmännische oder gewerbliche Tätigkeit ausüben wollen, für die es der Ausstellung einer Carte de Commerçant bedarf, in jeder mit der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse zu vereinbarenden Weise zu erleichtern. Sie beabsichtigt daher, vorbehaltlich tatsächlicher Gegenseitigkeit von ihren Kontrollbefugnissen bezüglich der Niederlassung dieser Personen oder Gesellschaften einen großzügigen Gebrauch zu machen, und sie wird die erforderlichen Genehmigungen in allen Fällen erteilen, in denen ihres Erachtens die französischen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dem nicht entgegenstehen.

In der Überzeugung, daß der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in gleicher Weise daran liegt, der Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs zwischen beiden Ländern einen weiteren Antrieb zu geben, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zusicherung gäben, daß der Betätigung französischer Gesellschaften und Staatsangehöriger in Deutschland das gleiche Wohlwollen zuteil würde.“

Ich darf Ihnen hiermit die Zusicherung meiner Regierung geben, daß der Betätigung französischer Gesellschaften und Staatsangehöriger in Deutschland das gleiche Wohlwollen zugute kommen wird, das in Ihrem Briefe den in Frankreich tätigen deutschen Staatsangehörigen in Aussicht gestellt ist.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Heinrich von Brentano

Monsieur Heinrich von Brentano
Ministre des Affaires Étrangères
de la République Fédérale d'Allemagne

Herrn Christian Pineau
Außenminister der
Französischen Republik
z. Z. Luxemburg

Ministère
des Affaires Étrangères

Liberté · Égalité · Fraternité
République Française

Paris, le 27 octobre 1956.

Monsieur le Ministre,

L'Article XVIII de la Convention d'établissement et de navigation entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, signée aujourd'hui, prévoit la constitution d'une Commission Consultative Mixte qui est notamment chargée de faciliter aux Parties la solution des difficultés qui pourraient être constatées dans l'application de la Convention.

Le Gouvernement français ne doute pas que les travaux de la Commission soient de nature à aider efficacement les deux Gouvernements à résoudre les problèmes que pourrait soulever dans tous les domaines l'application de la Convention.

Il estime que le mandat de la Commission peut d'autant mieux être étendu à tous les aspects de la Convention, que ce mandat conserve un caractère strictement consultatif et que les conclusions auxquelles la Commission pourrait parvenir n'ont, pour les deux Gouvernements, aucun caractère obligatoire.

Il ne voit donc aucun inconvénient à ce que, dans ces limites, la Commission puisse procéder à des échanges de vues sur les questions que la Convention réserve à la compétence exclusive des Parties et notamment à celles visées au paragraphe 3 du Protocole et qui se rattachent à l'exercice par chacune d'elles des droits qui s'apprécient selon des critères nationaux.

On ne pourrait à son avis que se féliciter de ce que la Commission, sans porter aucune atteinte aux droits des Parties, mais dans l'esprit de coopération qui a présidé à l'élaboration de la Convention, facilite le rapprochement de leurs points de vue et la solution de certaines difficultés, même dans les cas où cette solution n'appartient en définitive qu'à l'une ou l'autre des Parties.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

Pineau

Monsieur Heinrich von Brentano
Ministre des Affaires Étrangères
de la République Fédérale d'Allemagne

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Luxemburg, den 27. Oktober 1956

Herr Minister,

Ich habe die Ehre, Ihnen den Erhalt folgenden Briefes zu bestätigen:

„Artikel XVIII des heute unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sieht die Bildung eines Gemischten Beratenden Ausschusses vor, dessen Aufgabe insbesondere darin besteht, den Vertragsparteien die Behebung der Schwierigkeiten, die sich bei der Anwendung des Vertrages herausstellen könnten, zu erleichtern.

Die französische Regierung zweifelt nicht daran, daß die Tätigkeit dieses Ausschusses geeignet ist, den beiden Regierungen bei der Lösung der Probleme, die auf allen Gebieten bei der Anwendung des Vertrages auftreten könnten, wirksame Hilfe zu leisten.

Sie ist der Auffassung, daß der Auftrag des Ausschusses um so eher auf alle Aspekte des Vertrages ausgedehnt werden kann, als dieser Auftrag rein beratender Natur bleibt und als die Schlußfolgerungen, zu denen der Ausschuß gegebenenfalls gelangt, für die beiden Regierungen in keiner Weise verbindlich sind.

Sie trägt daher keine Bedenken dagegen, daß der Ausschuß innerhalb dieses Rahmens in einen Gedankenaustausch bezüglich der Fragen eintritt, die durch den Vertrag der ausschließlichen Zuständigkeit der Vertragsparteien vorbehalten sind, und zwar insbesondere bezüglich der in Nummer 3 des Protokolls erwähnten Fragen, die mit der Ausübung der nach nationalen Gesichtspunkten zu beurteilenden Rechte durch jede von ihnen zusammenhängen.

Ihrer Ansicht nach ist es nur zu begrüßen, daß der Ausschuß ohne jede Beeinträchtigung der Rechte der Parteien, aber in dem Geiste der Zusammenarbeit, der bei der Ausarbeitung des Vertrages obgewaltet hat, die Annäherung ihrer Standpunkte und die Lösung gewisser Schwierigkeiten selbst in den Fällen erleichtert, in denen diese Lösung letztlich nur der einen oder der anderen Vertragspartei zusteht.“

Ich darf Ihnen versichern, daß meine Regierung den Standpunkt der französischen Regierung teilt, daß die Übernahme der in dem Schreiben vorgesehenen Funktionen durch den Ausschuß die Lösung etwa auftretender Schwierigkeiten sehr erleichtern wird.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Heinrich von Brentano

Herrn Christian Pineau
Außenminister der
Französischen Republik
z. Z. Luxemburg

Ministère
des Affaires Étrangères

Liberté · Égalité · Fraternité
République Française

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Paris, le 27 octobre 1956.

Luxemburg, den 27. Oktober 1956

Monsieur le Ministre,

Au cours des pourparlers qui ont abouti à la conclusion d'une Convention d'établissement et de navigation entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, les questions concernant les opérations relatives aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier ont été également examinées.

Les deux Parties sont convenues qu'il n'était pas possible actuellement de conclure un accord bilatéral en la matière en raison de l'existence de la Communauté du Charbon et de l'Acier, et que par conséquent les stipulations de la présente Convention ne sont applicables ni à l'extraction, au traitement, à la distribution des substances minérales, ni aux activités portant sur les produits réglementés dans le cadre de la C.E.C.A.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

Pineau

Monsieur Heinrich von Brentano
Ministre des Affaires Étrangères
de la République Fédérale d'Allemagne

Herr Minister,

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des mir heute zugegangenen Briefes zu bestätigen, dessen Inhalt wie folgt lautet:

„Im Laufe der Verhandlungen, die zum Abschluß eines Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich geführt haben, wurden auch die Fragen im Hinblick auf die Tätigkeiten bezüglich der Güter, die zum Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehören, geprüft.

Die Vertragsparteien sind zu der Auffassung gekommen, daß es infolge des Bestehens der Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Zeit nicht möglich ist, eine einschlägige zweiseitige Übereinkunft abzuschließen, und daß infolgedessen die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens weder auf die Förderung, die Aufbereitung und Verteilung der Erze, noch auf die Tätigkeiten hinsichtlich der in den Rahmen der E.G.K.S. fallenden Erzeugnisse Anwendung finden können.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Heinrich von Brentano

Herrn Christian Pineau
Außenminister der
Französischen Republik
z. Z. Luxemburg